

Für den Landkreis Göppingen in Berlin



SPD

Ausgabe 69 März 2019

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

im Brexitdrama nimmt die EU das Heft in die Hand. Sie eröffnet mehrere Optionen und fordert gleichzeitig eine klare Entscheidung Großbritanniens ein. Das ist gut. Denn die verworrene Pattsituation der britischen Innenpolitik und der Scherbenhaufen, den die Populisten zurückgelassen haben, können nicht durch Verhandlungen mit 27 anderen Ländern in Brüssel gelöst werden. Substanzielle Veränderungen des bestehenden Deals kann und wird es nicht mehr geben. Die EU ist Großbritannien mehrfach entgegengekommen. Es wurde eineinhalb Jahre mit viel Aufwand verhandelt, um einen bestmöglichen Interessenausgleich für alle Beteiligten zu schaffen. Großbritannien wurden verschiedene Modelle der Zusammenarbeit mit der EU für die Zeit nach dem Austritt angeboten. Diese Angebote bleiben auch nach einem Brexit, selbst nach einem harten, als Verhandlungsgrundlage für die zukünftige Kooperation bestehen.

Eine Verschiebung über das Datum der Europawahl hinaus ist jedenfalls keine gangbare Opti-

on. Ob mit oder ohne Deal – jetzt ist es Zeit für einen klaren Schnitt. Denn die EU steht vor weitaus dringenderen Problemen, die endlich mit Energie angepackt werden müssen und nicht weiter hintangestellt werden dürfen wegen des britischen Dauerstreits. Und erst recht können wir die anstehende Europawahl nicht gefährden. Ja, wir würden sie lächerlich machen, wenn ein Land, das seit Jahren die EU verlassen will, an der Wahl teilnimmt oder die Wahlergebnisse gegebenenfalls durch ein längeres Verbleiben in der EU angreifbar macht.

Alles hängt also an der Frage, ob das britische Unterhaus doch noch dem Austrittsabkommen zustimmt. Aber ob es überhaupt zu einer Abstimmung kommt und falls ja, mit welchem Ergebnis – wer kann das in diesem Brexit-Drama wissen?

Ihre/Eure



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb



Nach Wochen ehrlicher und konstruktiver Debatten innerhalb unserer Partei haben wir vor gut einem Jahr den Koalitionsvertrag mit CDU und CSU unterschrieben. Nicht überraschend war, dass es kein leichter Gang war. Viel mehr überrascht es wohl Viele, was die SPD – trotz Störfeuer durch meist vom Innenministerium ausgelöste Irritationen – alles erreichen konnte in diesem einen Jahr. Die Bilanz unserer Arbeit nach 12 Monaten kann sich sehen lassen. Wir haben viele konkrete Verbesserungen auf den Weg gebracht:

Kitas: 5,5 Milliarden Euro für mehr Qualität, weniger Gebühren und bessere Betreuung

Rente: stabile Renten und Beiträge bis 2025, bessere Erwerbsminderungsrente

Brückenteilzeit: Recht auf befristete Teilzeit

Schulen: Moderne digitale Ausstattung durch Investitionen vom Bund

Mehr Netto für Viele: höheres Kindergeld, weniger Steuern und Abgaben, geringerer Arbeitnehmeranteil bei Kassenbeiträgen

Wohnen: mehr sozialer Wohnungsbau, stärkerer Schutz vor Mietwucher, Baukindergeld für junge Familien

Weiterbildung: neue Möglichkeiten für diejenigen, deren Job vom digitalen Wandel betroffen ist

Pflege: mehr Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen und Entlastung für pflegende Angehörige, Tarifanerkennung in der häuslichen Krankenpflege

Sozialer Arbeitsmarkt: neue Chancen für langzeitarbeitslose Menschen

Rechtsstaat: zusätzliche Stellen bei Polizei und Justiz

Verbraucherschutz: Eine-für-alle-Klage

Wir wollen, dass es so zukunftsorientiert in allen Politikfeldern weitergeht. So arbeitet unserer Umweltministerin Svenja Schulze am so wichtigen Klimaschutzgesetz. Und mit Arbeitsminister Hubertus Heil wollen wir für die Respektrente streiten.

Grundrechte gelten für Alle

Wählen zu dürfen ist ein Grundrecht in unserer Demokratie. Trotzdem dürfen viele Menschen mit Behinderungen bei Wahlen ihre Stimme nicht abgeben. Damit machen wir Schluss. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist es uns endlich gelungen, auch den Koalitionspartner zu überzeugen. Es war längst überfällig – das volle Wahlrecht für alle Menschen mit Behinde-

rungen! Zur Europawahl wird die Änderung voraussichtlich noch nicht in Kraft getreten sein. Das ist schade. Aber die strenge gesetzliche Regelung dafür, dass so kurz vor Wahlen das Wahlrecht nicht geändert werden darf, hat aus demokratischer Sicht eine wichtige Funktion: So wird die Möglichkeit der Manipulation von Wahlergebnissen durch kurzfristige Reformen ausgeschlossen.



Familien stärken

Alle Kinder in Deutschland sollen unbeschwert aufwachsen und erfolgreich lernen können. Mit dem Starke-Familien-Gesetz, das wir diese Woche verabschiedet haben, unterstützen wir gezielt Familien mit kleinen Einkommen. Die Reform des Kinderzuschlags sorgt dafür, dass mehr Familien Anspruch darauf haben. Das ist ein erster Schritt hin zur sozialdemokratischen Kindergrundsicherung. Damit die Maßnahmen ankommen, verringern wir lästige Bürokratie.

Wir schaffen auch die bisherige „Abbruchkante“ beim Kinderzuschlag ab. Wenn Eltern mehr verdienen, wird der Zu-

schlag nach und nach geringer, anstatt ab einem bestimmten Betrag komplett wegzufallen. In Haushalten mit Alleinerziehenden soll in Zukunft neben Unterhaltsvorschuss- oder Unterhaltszahlungen auch der Kinderzuschlag gewährt werden.

Mittagessen gibt es ab jetzt ohne Zuzahlung, es steht mehr Geld zum Kauf von Schulmaterial zur Verfügung, wir ermöglichen mehr Nachhilfe, ebenso wird eine Mitgliedschaft im Verein besser unterstützt. Außerdem gibt es für Familien mit kleinen Einkommen künftig eine Schülerfahrkarte ohne Gebühren.

Saubere Luft und Planungssicherheit

Ein Dieselskandal nach dem anderen, drohende und bereits beschlossene Fahrverbote in mehreren Städten, Streit um Grenzwerte... Die letzten Jahre haben viel Unsicherheit für Autofahrerinnen und Autofahrer gebracht. Wir wollen bessere Luftqualität durch verlässliche Regelungen in unseren Städten. Neben der Förderung luftverbessernder Maßnahmen durch das Sofortprogramm Saubere Luft mit einer Milliarde Euro, ändern wir auch das Bundes-Immissionsschutzgesetz.

So schaffen wir unter anderem die Voraussetzung dafür, dass nachgerüstete und somit saubere Fahrzeuge von möglichen Fahrverboten ausgenommen werden. Außerdem werden Ausnahmen für Busse, Nutzfahrzeuge der Kommunen und der Entsorgungswirtschaft, für Fahrzeuge von Handwerkern und öffentlichem Nahverkehr geregelt.

Mehr zu unserer Position zu sauberer Luft und Mobilität gibt es —> [hier](#).

Zwei-Klassen-Medizin Schritt für Schritt abbauen

Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung warten oft länger auf einen Termin als Privatversicherte. Diese Zwei-Klassen-Medizin wollen wir als SPD seit langem abschaffen und fordern eine Bürgerversicherung – also eine Krankenversicherung, die von allen gleichermaßen getragen wird und wo alle gleiche Leistungen bekommen. Mit der Union ist das nicht zu machen. Aber wir haben jetzt in einem „Terminservice- und Versorgungsgesetz“ wichtige Schritte in Richtung Bürgerversicherung gemacht und die Versorgung von gesetzlich Versicherten an vielen Stellen verbessert.

Ausbau von Terminservicestellen: Zukünftig sind die Stellen unter der Nummer 116 117 für die ambulante Versorgung und für Notfälle rund um die Uhr ansprechbar. Dort werden PatientInnen dann nicht mehr nur bei der Suche nach FachärztInnen und PsychotherapeutInnen, sondern auch nach Haus- oder KinderärztInnen unterstützt. Die Servicestellen werden auch online erreichbar sein, eine Terminvereinbarung per App wird möglich.

Mehr Sprechstunden für gesetzlich Versicherte: Zukünftig müssen VertragsärztInnen wöchentlich mindestens 25 Sprechstunden für gesetzlich Versicherte anbieten. Derzeit sind es nur 20 Stunden. Zudem müssen FachärztInnen der grundversorgenden und wohnortnahen Versorgung (z.B. Augen-, Frauen- und HNO-ÄrztInnen) wöchentlich fünf offene Sprechstunden anbieten.

Bedarfsgerechte therapeutische Versorgung: TherapeutInnen werden künftig besser bezahlt. Außerdem schaffen wir die Möglichkeit einer Blankoverordnung. Das bedeutet: ÄrztInnen verordnen weiterhin Heilmittel, wie z.B. Physiotherapie, Ergotherapie oder Logopädie. Aber die behandelnden TherapeutInnen entscheiden über die konkrete Therapie sowie die Häufigkeit und Dauer der Behandlung.

Höhere Zuschüsse für Zahnersatz: Die Festzuschüsse steigen ab 01.10.2020 von 50 auf 60 Prozent der Kosten für die Regelversorgung. Dadurch werden die Versicherten finanziell entlastet.

Anreize für die Behandlung gesetzlich Versicherter: ÄrztInnen erhalten für NeupatientInnen und für PatientInnen in der offenen Sprechstunde eine Vergütung außerhalb des Budgets sowie Zuschüsse für die Behandlung von PatientInnen, die über die Terminservicestellen kommen. Je schneller der Termin stattfindet, desto höher der Zuschlag. Dadurch wird für ÄrztInnen die Behandlung von gesetzlich Versicherten ähnlich lukrativ wie die Behandlung privat Versicherter.

Bessere hausärztliche Versorgung: Versicherte, die sich in die medizinisch sinnvollen Hausarztverträge einschreiben, erhalten künftig einen Bonus durch die Krankenkasse. Das macht die hausärztliche Versorgung attraktiver und belohnt die teilnehmenden Versicherten.

Bessere Hilfsmittel: Jetzt entscheidet auch bei der Ausschreibung von Hilfsmitteln wie Inkontinenzartikeln oder Gehhilfen die Qualität und nicht der Preis. Deshalb sollen Kassen und Hilfsmittelanbieter auf Ausschreibungsverfahren verzichten und in Zukunft Verträge schließen, in denen auch Qualitätsstandards verankert sind.

Unterstützung nach Krankenhausaufenthalt: PatientInnen erhalten nach einem Krankenhausaufenthalt zukünftig Unterstützung bei der Beantragung von Kurzzeitpflege, ambulanter Palliativversorgung oder Haushaltshilfe. Außerdem können die Krankenhäuser bei der Entlassung jetzt den Krankentransport nach Hause verordnen.

Unterwegs im Landkreis

Gute Laune war bei der Kreissäge unter dem Motto "Geislingen, unser Schatz - fehlt eigentlich nur ein Campingplatz" gesichert, Sascha Binder war wie immer in Topform. Und die Donzdorfer Fasnetsgemeinde hat in der gleichen Woche den TV-Fasching wieder einmal mit Bravour gemeistert.



Unterhaltung

Erfahrungsaustausch



Bei einem Treffen im Bürgerbüro berichtete Rudolf Bede von der Arbeit der EUTB (Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung) Göppingen. Die große Nachfrage nach intensiver Beratung zeigt, wie wichtig dieses Beratungsangebot ist.

Baden-Württemberg ist Europameister bei der Zahngesundheit von Kindern. Darüber und auch über die Zahnarztversorgung im Pflegeheim habe ich mit der Vorstandsvorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg Dr. Ute Maier und dem Präsidenten der Landeszahnärztekammer Dr. Torsten Tomppert gesprochen.



Fachgespräch

Die vielen Facetten vom Starke-Familien-Gesetz: mit Familienministerin Franziska Giffey und Arbeitsminister Hubertus Heil in der Fraktionssitzung (s. auch S. 3).



Termine — 23. März bis 12. April 2019

Samstag, 23. März 10:00 Uhr
17. Baden-Württembergischer Hausärztetag
Podiumsdiskussion
Stuttgart

Montag, 25. März
7:35 Uhr
EU-Projekttag
Mörike-Gymnasium Göppingen
18:00 Uhr
Gespräch mit Besuchergruppe im Bundestag
Berlin

Dienstag, 26. März bis Freitag, 29. März
Studienreise Südschweden
Patientenorientierte Zentren
zur Primär- und Langzeitversorgung

Montag, 01. bis Freitag, 05. April
Sitzungswoche in Berlin

Mittwoch, 03. April 18:00 Uhr
Fraktion vor Ort mit Rolf Mützenich
„Was hält die Welt zusammen?
Außen- und Friedenspolitik
in Zeiten globaler Krisen“
Haus Filzblick Ebersbach

Samstag, 06. April
Landesvorstandssitzung

Sonntag, 07. April
Frauen Frisch Auf Göppingen – TV Nellingen
EWS-Arena

Montag, 08. bis Freitag, 12. April
Sitzungswoche in Berlin

Bürgerbüro



Roth Carreé Schillerplatz 10
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74



www.heike-baehrens.de
heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159



www.facebook.com/baehrensmdb